

P R O T O K O L L
der 337. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 18. Januar 2011
Zeit	19.30 - 21.20 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat (Geschäft 1) Treier Hannes (ab Geschäft 2) Marti Beat (Geschäft 14)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Corti Andrea, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Jürg, von Fischer Niklaus, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus (Geschäfte 1 + 2) Fankhauser Suzanne, Aebersold Jürg (ab Geschäft 3)
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Damke Andreas, Humm Martin, Wakil Ramina GR: Pedinelli Stotz Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 18

Traktanden

1	Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2011	324
2	Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2011 - 1. Vizepräsidium - 2. Vizepräsidium - 2 Stimmzählende	327
3	Geschäftsprüfungskommission Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2011	328
4	Protokoll der Sitzung vom 23. November 2010	329
5	Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl	329
5 A	Umweltschutzkommission; Ersatzwahl	329
6	Organisation der Baupolizei; Änderung von Ziffer 1 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000	330
7	Motion forum-Fraktion betr. Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA	335
8	Postulat FDP/jf-Fraktion betr. die Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA	337
9	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2011	338
10	Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle	339
11	Motion SP-Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard-Anlage von der Gesamtsanierung Füllerich	340
12	Motion SP-Fraktion: WLAN im Bärtschihus	341
13	Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri-Gümligen	342
14	Einfache Anfrage forum-Fraktion betr. Schulraumplanung in unserer Gemeinde	342
15	Einfache Anfrage forum-Fraktion zur Projektorganisation Richtplan Siedlungsentwicklung	343
16	Einfache Anfrage Corti (FDP/jf) betr. Kindergarten/Basisstufe in der Gemeinde Muri bei Bern	343
17	Information des Gemeinderats	343
18	Neue parlamentarische Vorstösse	344

Der Vorsitzende eröffnet die 337. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertretungen der Presse und die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Insbesondere begrüsse er die neuen Mitglieder des Grossen Gemeinderats: Daniel Bärtschi (FDP), Andreas Damke (FDP) – welcher evtl. später noch eintreffen werde –, Marcel Kämpf (forum) und Adrian Lüthi (SVP).

Mitteilungen

Der Vorsitzende gratuliert Annik und Markus Bärtschi herzlich zur Geburt ihres Sohnes Felix.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2011

Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Hannes Treier, Dorfstrasse 48, Gümligen

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Hannes Treier wird einstimmig als Präsident des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2011 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten herzlich und wünscht ihm ein erfolgreiches Präsidialjahr.

Hannes Treier bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende erklärt, er möchte einige persönliche Worte an Hannes Treier richten. Als OL-Läufer übergebe er ihm einen ganz neuen Kompass. Dieser solle ihm helfen, den richtigen Weg in diesem Präsidialjahr zu finden. Manchmal sei der direkte Weg nicht der schnellste. Dieser Kompass habe aber nicht nur eine Nadel, sondern er habe noch andere hilfreiche Elemente. So habe er zum Beispiel eine Lupe, damit Hannes Treier genau hinschauen könne. Drei Massstäbe habe er, damit Hannes immer den richtigen Massstab finde. Die vier Himmelsrichtungen auf der Rosette würden für Hannes folgende Eigenschaften bedeuten:

- N (Norden) > Natürlich
- E > Entscheide (als Ratspräsident müsse man entscheiden)
- S > Sachlich
- W > Weitsichtig

Der Kompass habe einen roten Bändel. Dies habe aber nichts mit der SP zu tun, sondern sei original an diesem Kompass, damit er an der Hand befestigt werden könne. Er wünsche Hannes Treier mit diesem Kompass ein gutes Präsidialjahr.

Hannes Treier (FDP) bedankt sich herzlich bei Beat Wegmüller. Er habe sehr gerne mit ihm zusammengearbeitet und hoffe, er könne so seriös und umsichtig planen wie Beat Wegmüller; er sei für ihn ein grosses Vorbild. Er danke dem ganzen Büro GGR

- 18. Januar 2011 -

für die gute Zusammenarbeit. Er werde den Kompass gut handhaben können. Er sei zwar kein OL-Läufer, sei aber lange Pfadfinder gewesen und werde damit umgehen können.

Hannes Treier (FDP) hält folgende Antrittsrede:

"Ich freue mich, den GGR von Muri für ein Jahr präsidieren zu dürfen. Als neuer GGR-Präsident möchte ich traditionsgemäss einige Worte an Sie richten. Ich möchte etwas dazu sagen:

- weshalb ich die Lokalpolitik interessant und wichtig finde*
- was ich vom GGR erwarte, wie ich mir den Grossen Gemeinderat wünschen würde bzw. wünsche (dieser Wunsch ist erfüllbar)*
- was mich motiviert, dieses Amt zu übernehmen*
- zu meiner Person, damit Ihr auch wisst, wen Ihr gewählt habt.*

Die Bedeutung der Lokalpolitik aus meiner Sicht: Es gibt immer wieder Leute die sagen: "Da kannst Du gar nicht viel bewirken, das ist alles fixiert." Ich denke, man kann einiges bewirken. Ich glaube, dass die Art und Weise des Zusammenlebens und insbesondere, was im Perimeter der Wohngemeinde passiert oder eben auch nicht passiert, im Einflussbereich der Lokalpolitik liegt und man auf vieles Einfluss nehmen kann, zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Mit den von der Gemeinde geschaffenen Angeboten in Bereichen wie Infrastruktur, Schulen, Freizeitmöglichkeiten, Informationen aber auch betreffend den Grad der Sicherheit trägt die Gemeinde einen wesentlichen Teil zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger bei. Aus diesem Grund meine ich auch, dass in der Lokalpolitik durchaus viele Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Wir können aber auch gegen aussen und "oben" Einfluss nehmen. Irgendeinmal in 10 bis 15 Jahren wird die Autobahn durch unsere Gemeinde 6 Spuren haben. Es ist nun die Frage, ob diese 6 Spuren durch einen Seidenbergtunnel oder offen durch unsere Gemeinde führen werden. Da könnte man sagen: "Das entscheiden nicht wir". Wohl werden Anträge durch das Bundesamt für Strassen formuliert, vom Bundesrat genehmigt und vom National- und Ständerat beschlossen. Der Anstoss für die aktuell laufende Vertiefungsstudie durch das ASTRA wurde aber unter anderem durch das überparteiliche Komitee unseres Parlaments gegeben. Dank unserem kollektiven Engagement haben wir schon mal bewirkt, dass etwas geht und das Bundesamt für Strassen andere Varianten prüft als die, welche bisher im Rennen waren. Selbstverständlich braucht es noch Lobbyingarbeit, damit eine optimale Lösung durchgesetzt werden kann. Aber hier kann man auch gegen "oben" etwas bewirken. Dies sind Gründe für die Bedeutung der Lokalpolitik und weshalb ich mich auch gerne dafür einsetze.

Mein Idealbild des GGR: Ich wünsche mir einen Wettbewerb der Ideen. Als es letztes Jahr um die Steuerfussabänderung ging, fand ich es genial, von hier oben aus zu schauen und zu hören, wie die verschiedenen Argumente aufgedeckt worden sind, für die einen in diese Richtung, für die anderen in die andere Richtung. Es wurde alles gesagt, was man wissen musste, um entscheiden zu können. Wir dürfen durchaus als Parlamentarier unterschiedliche Themen, Prioritäten, Ziele etc. haben und dies ist auch gut so. Stark ist der GGR dann, wenn wir massgeblich zu guten und nachhaltigen Lösungen beitragen. Wichtig erscheint mir auch, dass man manchmal über die Partei- und die Gemeindegrenzen hinausschaut und beobachtet, wie andere Gemeinden funktionieren. Für mich ist wichtig, dass der politische Diskurs schlussendlich zu guten und mehrheitsfähigen Lösungen führt. Ein Ziel ist mir, dass die Verhandlungen so ablaufen, dass diejenigen, welche schlussendlich verlieren oder unterliegen, das Gefühl haben, dass in Kenntnis aller Fakten diskutiert und respektvoll mit den Unterlegenen umgegangen worden ist.

- 18. Januar 2011 -

Was motiviert mich, die Funktion als GGR-Präsident zu übernehmen? Jedes Orchester braucht einen Dirigenten oder eine Dirigentin, jemand, der manchmal zur Ordnung ruft und dafür besorgt ist, dass eine Struktur vorhanden ist. Der aber auch Raum schafft, damit sich alle Meinungen Gehör verschaffen können und ein guter Diskurs entsteht und die Fakten angehört werden. Dies ist ein wenig die Aufgabe des Präsidenten und ich freue mich darauf. Das Gute an dieser demokratischen Funktionsweise ist auch, dass man stets weiss, dass es nach einem Jahr heisst "zurück auf Feld eins" und man nicht meint, man müsse immer noch mehr und noch länger führen.

Zum Schluss einige Bemerkungen zu meiner Person: Wir haben ja in diesem Rat oftmals Wahlgeschäfte für Kommissionen usw. Bei den Wahlvorschlägen weiss man den Namen, die Erstausbildung und die Adresse, dies ist alles. In einem Geschäft würde man niemanden anstellen, von dem man nur die Adresse weiss und manchmal würde ich mir wünschen, man wüsste etwas mehr über die einzelnen Personen. Zu mir: Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder, Leon ist 8 und Adriana 10 Jahre alt (sie sitzen hinten im Saal zusammen mit meiner Frau Manuela, das ist meine Familie). Aufgewachsen bin ich im Kanton Aargau, in der Umgebung von Baden. Ich habe das Bautech gemacht, bin Bauingenieur. In jungen Jahren ging ich auf Lern- und Wanderjahre. Ein Jahr lang habe ich in Südafrika gearbeitet, war für die Firma Losinger im Mittleren und Fernen Osten und habe in Norwegen gearbeitet. Meine guten Lern- und Wanderjahre haben mir aufgezeigt, dass es durchaus andere Welten und Funktionsweisen gibt. Seit 12 Jahren arbeite ich als Partner bei einer Dienstleistungsfirma mit Sitz in Bern und Zürich. Ich befasse mich mit Projektmanagement. Neben Familie, Beruf und Lokalpolitik interessiere ich mich für das, was auf der Welt passiert. Wenn ich die Zeitung öffne, lese ich zuerst den Auslandteil und nähere mich dann dem Lokalgeschehen. Dies rührt eventuell etwas von meiner Vergangenheit her.

Vielleicht hat sich schon jemand gefragt, wo die Stühle und die Mikrophone bleiben, die auf eine Darbietung schliessen lassen. Es gibt heute Abend keine kulturelle Darbietung, weder Kabarett noch Musik. Für den traditionellen GGR-Ausflug im Sommer habe ich aber bereits einen Kabarettisten "reserviert", der mir sehr am Herzen liegt. Dieser ist aber zu gut, um ihn schnell für eine Viertelstunde hier im Saal zu haben. Dafür haben wir heute etwas mehr Zeit für den Apéro, der jeweils am Ende der Januar-Sitzung stattfindet.

Zu guter Letzt danke ich Euch, liebe Ratskolleginnen und -kollegen – sicher auch im Namen der noch zu wählenden weiteren Mitglieder des Büros – für die Wahl und das damit verbundene Vertrauen. Ich bitte nötigenfalls auch etwas um Nachsicht, bis wir uns an unsere neuen Aufgaben und das Prozedere gewöhnt haben. Gerne bin ich auch immer offen für Ideen und Anregungen. Ich danke Euch und wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit."

Johanna Ziberi (SP) hält folgende Abschiedsrede für Beat Wegmüller:

"Beat, Du hast Dich im letzten Jahr vor allem mit Würfeln auseinandergesetzt. Deshalb erhältst Du nun zum Abschied nochmals einen Würfel. Dieser Würfel hat 6 Seiten. Beat hatte im letzten Jahr 8 Sitzungen, nicht nur 6. Diese 6 Seiten, so hat er uns ja gesagt, hätten 6 verschiedene Perspektiven. Er hat noch zwei mehr zugut gehabt, er hat noch eine Perspektive über den Würfelrand hinaus gehabt, die Regionalpolitik. Aber auch in den Würfel hinein, dies hat er uns ja ganz am Anfang versprochen. Einerseits ist es also darum gegangen, wie die Dinger von aussen zu betrachten sind und wie man von einer Seite des Würfels zur anderen gelangt. Zum Beispiel mit einem Masterplan Verkehr, über die A6, rundherumkurven, durch diverse Velowege oder durch die Schulwegsicherung. Andererseits ist es ihm aber darum

gegangen, wie es im Innern des Würfels aussieht. Dafür braucht es zum Beispiel eine Ortsplanungsrevision oder funktionierende Bau- und Planungskommissionen. Er hat dafür gesorgt, dass wir all diese Themen bis in die Tiefe haben diskutieren können, dass wir fair haben diskutieren können, dass alles hat gesagt werden können, was wir auf dem Herzen hatten. Beat hat also nicht nur dazu beigetragen, dass die 6 verschiedenen Seiten adäquat beleuchtet worden sind, sondern auch, dass wir uns intensiv mit dem Innern und dem Äussern haben beschäftigen können. Deshalb hat er 8 Sitzungen gebraucht, nicht nur 6. Beat erhält heute einen magischen Würfel, man kann hören, dass etwas darin ist, er hat ein harmonisches Innenleben. Um zu diesem harmonischen Innern vorzustossen, muss man allerdings eine geistige Leistung vollbringen. Es ist ein magischer Würfel, man kann ihn nicht einfach so öffnen. Dass Beat geistige Leistungen vollbringen kann, hat er uns im letzten Jahr gezeigt. Er kann heute während der Sitzung etwas üben und wir können schauen, ob er bis zum Ende der Sitzung bis zum Inneren vorgestossen ist. Wenn Du es nicht schaffst, habe ich Dir sonst noch eine Anleitung. Danke Beat und ich überreiche Dir gerne noch ein paar Rosen".

Adrian Kauth (FDP) gratuliert Hannes Treier mit folgenden Worten zur Wahl:

"Lieber Hannes, liebe Mitglieder des Gemeinderats, des Parlaments, liebe Gäste. Es freut uns ausserordentlich, Hannes, dass Du heute zum Präsidenten des Parlaments gewählt worden bist. Wir sind überzeugt, dass Du mit Deiner überlegten und souveränen Art das Muriger Parlament mit Bravour leiten wirst. Auch wenn es hier vielleicht manchmal nicht ganz nach Drehbuch zu und her geht, wirst Du als erfahrener Berater und Projektleiter mit einer ruhigen Hand das Parlament wieder auf den Weg zurückführen. Da Du in Deiner heutigen Sitzung auf langweilige Darbietungen zu Gunsten von mehr Zeit für das Apéro verzichtest, möchte auch ich nicht länger werden und wünsche Dir einfach alles Gute für diesen Job; wir sichern Dir unsere Unterstützung zu."

2 Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2011

1. Vizepräsident

Zur Wahl als 1. Vizepräsident schlägt die forum-Fraktion

Beat Marti, Pourtalèsstrasse 27, Muri, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Marti wird einstimmig als 1. Vizepräsident für das Jahr 2011 gewählt.

Beat Marti (forum) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Beat Marti herzlich zur Wahl.

2. Vizepräsident

Zur Wahl als 2. Vizepräsident schlägt die SVP-Fraktion

Béla Eber, Pelikanweg 7, Muri, vor.

- 18. Januar 2011 -

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Béla Eber wird einstimmig als 2. Vizepräsident für das Jahr 2011 gewählt.

Béla Eber (SVP) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Béla Eber herzlich zur Wahl.

StimmzählerIn

Die SP-Fraktion schlägt

- Suzanne Fankhauser, Holzapfelweg 2, Muri

und die SVP-Fraktion schlägt

- Jürg Aebersold, Pelikanweg 43, Muri

zur Wahl als StimmzählerIn vor.

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Suzanne Fankhauser und Jürg Aebersold werden einstimmig als StimmzählerIn bzw. Stimmzähler für das Jahr 2011 gewählt.

Suzanne Fankhauser (SP) und Jürg Aebersold (SVP) erklären Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Suzanne Fankhauser und Jürg Aebersold herzlich zur Wahl.

3 Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2011

Präsident

Die forum-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Martin Häusermann, Alpenstrasse 5, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Martin Häusermann wird einstimmig als Präsident der GPK für das Jahr 2011 gewählt.

Martin Häusermann (forum) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Martin Häusermann herzlich zur Wahl.

- 18. Januar 2011 -

Vizepräsident

Die SP-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Yong Brügger, Thunstrasse 158, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Yong Brügger wird als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2011 gewählt.

Yong Brügger (SP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Yong Brügger herzlich zur Wahl.

4 Protokoll der Sitzung vom 23. November 2010

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

5 Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2010 zurückgetretenen Oliver Sidler schlage die Schweizerische Volkspartei Urs Brantschen, Jungfraustrasse 24, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Urs Brantschen wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Kommissionsarbeit.

5 A Umweltschutzkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Dezember 2010 zurückgetretene Kathrin Studer schlage das forum Erich Kohli, Dorfstrasse 30, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Erich Kohli wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Umweltschutzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm bei seiner neuen Aufgabe viel Freude und Erfolg.

6 Organisation der Baupolizei; Änderung von Ziffer 1 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000

Martin Häusermann führt als GPK-Sprecher aus, es handle sich bei diesem Geschäft im Wesentlichen um eine Kenntnisnahme der Entscheide und Absichten des Gemeinderats. Heute könne der Rat lediglich über die geringfügige Änderung des Anhangs 1 zur Gemeindeordnung abstimmen. Diese führe in der Praxis zu keiner Änderung, weil die zu streichende Regelung in den vergangenen Jahren nie zum Tragen gekommen sei. Die GPK habe anlässlich der Verwaltungsprüfung 2008 verschiedene Änderungsvorschläge beim Baubewilligungsprozess sowie bei der Organisation und den Zuständigkeiten gemacht. Die GPK begrüße deshalb die vorgeschlagene Stossrichtung bezüglich der Organisation der Baupolizei, namentlich die Besetzung des Präsidiums der Baukommission durch den verantwortlichen Ressortvorsteher Bau des Gemeinderats. Auch die Stellenbesetzung in der Bauverwaltung erachte die GPK als zielführend.

Die vorgeschlagenen Änderungen sollten dann per 1. Januar 2013 in Kraft treten. Wo das Baureglement tangiert sei, erscheine es der GPK als folgerichtig, dass die Anpassungen im Rahmen des Prozesses Ortsplanungsrevision erfolgen würden. So bestehe anlässlich der Mitwirkung oder der Debatte im Parlament die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Ob die Neuregelung des Präsidiums auch erst per 1. Januar 2013, also bei Ablauf der laufenden Legislatur erfolgen solle, sei letztendlich ein politischer Entscheid. Die Neubesetzung des Präsidiums durch den Ressortvorsteher führe zu einem Rücktritt eines Kommissionsmitglieds der FDP, da der Ressortvorsteher FDP-Mitglied sei und dort angerechnet werde. Es sei demzufolge absehbar, dass dieses Reglement danzumal erneut angepasst werden müsse. Nach erfolgter Diskussion empfehle die GPK einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer gratuliert vorab Hannes Treier namens des Gemeinderats ganz herzlich zu seiner Wahl zum höchsten Muriger und wünscht ihm viel Befriedigung und Erfolg.

Zum Geschäft erklärt er als gemeinderätlicher Sprecher, das Thema Organisation der Baupolizei sei ein höchst spannendes Thema und vor allem eines, welches aus sehr vielen Facetten bestehe. Deshalb habe es der Gemeinderat als unabdingbar erachtet, dem Rat heute im Rahmen des vorgelegten Berichts eine Auslegeordnung zu präsentieren. Damit erhalte der Rat einen Gesamtüberblick und sehe, um was es überhaupt gehe, auch wenn es heute – wie Martin Häusermann gesagt habe – bezüglich Beschluss lediglich um einen kleinen Nebenpunkt gehe: Die Aufgabe der Baukommission, den Gemeinderat für alle Vorhaben im Hochbaubereich zu beraten, solle gestrichen werden, da sie in den letzten Jahren nie angewandt worden sei und auch nicht als sinnvoll erachtet werde. Von der ganzen Palette an Beschlüssen und Absichtserklärungen, die der Gemeinderat in diesem Zusammenhang getätigt habe, wolle er sich heute mündlich eigentlich auf den Kern beschränken. Es gehe dabei um die Struktur der künftigen Baupolizeibehörde der Gemeinde Muri. Wie der Botschaft zu entnehmen sei, habe man vier verschiedene Modelle durch externe Fachleute evaluiert. Diese seien zu einer Reihenfolge der Empfehlungen für die Gemeinde Muri gekommen. Der Gemeinderat habe das Thema anlässlich verschiedenster Sitzungen sehr intensiv behandelt und habe seinerseits noch Fachleute zu den Diskussionen beigezogen. Er sei zu demselben Entscheid gelangt, nämlich dass an der bestehenden Baukommission grundsätzlich festzuhalten, das System aber doch zu modifizieren sei. Einerseits dadurch, dass neu der Ressortvorsteher oder die Ressortvorsteherin Bau künftig das Präsidium der Baukommission übernehmen solle.

Die Diskussionen und Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass

- a) das in Muri existierende Modell im Kanton Bern ein seltenes sei und
- b) es für den Gemeinderat zum Teil extrem schwierig sei – wenn ein Bauentscheid getroffen werde, der vielleicht für gewisses Aufsehen Sorge – den Leuten zu erklären, dass der Gemeinderat damit definitiv gar nichts zu tun habe, da er nicht ansatzweise dafür zuständig sei und sich demzufolge auch nicht richtig dazu äussern könne. Dies sei gegenüber dem Volk kaum kommunizierbar und das Volk verstehe seinerseits nicht, weshalb der Gemeinderat im Fall X oder Y nicht irgendetwas – in welche Richtung auch immer – in die Wege leite. Es handle sich um eine sehr unbefriedigende Situation, welche aus Sicht des Gemeinderats zwingend geändert werden müsse. Der beste Weg dazu sei, dass ein Mitglied des Gemeinderats künftig das Präsidium übernehme, nota bene eine Lösung, welche in vielen bernischen Gemeinden so gehandhabt werde.

Gleichzeitig sei der Gemeinderat der klaren Meinung, er wolle das Modell noch weiterentwickeln, und zwar in zwei Richtungen:

1. Der Gemeinderat möchte – auch vor dem Hintergrund der vorgängig erwähnten Diskussionen – eine neue Regelung einführen, wonach für grosse Bauvorhaben die Baubewilligungskompetenz von Anfang des Verfahrens an klar dem Gemeinderat zugeordnet werde. Als grosse Bauvorhaben habe der Gemeinderat solche von über CHF 5 Mio. Erstellungskosten, inkl. Erschliessung aber ohne Landerwerb, definiert. Seines Wissens habe noch keine andere bernische Gemeinde eine derartige Regelung. Er verweise aber auf den zugestellten Bericht von Daniel Arn. Es handle sich um eine Regelung, bei welcher klar davon ausgegangen werden könne, dass sie genehmigungsfähig sei durch den Kanton, und zwar da sie eine sinnvolle und glasklare Grenze festlege, bis wo die Baukommission und ab wann der Gemeinderat zuständig sei. Damit werde einerseits erreicht, dass die Baukommission künftig viel näher bei der Verwaltungsorganisation, beim Gemeinderat, sei. Andererseits werde mit der Schwelle von CHF 5 Mio. sichergestellt, dass der Gemeinderat nicht mit Baugesuchen überschwemmt werde. Es sei nicht die primäre Aufgabe des Gemeinderats, Baubewilligungsbehörde zu spielen. Wenn aber eine Regelung gefunden werde, bei welcher der Gemeinderat im Schnitt pro Jahr ein Baugesuch für ein grosses Vorhaben zu behandeln habe, welches für die Zukunft der Gemeinde von einer gewissen Relevanz sei, so mache dies Sinn. Deshalb werde im Rahmen der Revision des Baureglements diese Fassung – in welcher die Verankerung dieser Limite vorgeschlagen werde – anfangs März in die öffentliche Mitwirkung geschickt.
2. Eine zweite Modifikation werde ebenfalls im Rahmen der Revision des Baureglements zur Diskussion gestellt, nämlich dass künftig zur Verwesentlichung der Arbeit der Baukommission die Kompetenz für die kleinen Baubewilligungsvorhaben – also für diejenigen, welche nicht öffentlich publiziert werden müssten wie z.B. ein Gartenhäuschen, ein Fenster in einer Attika etc. – an die Bauverwaltung delegiert werden solle.

Dies einige Bemerkungen zum Bericht des Gemeinderats. Die genannten Punkte würde man weiterentwickeln und ins Baureglement einfliessen lassen. Der GGR werde mit der Materie Ende Jahr, wenn ihm Baureglement und Zonenplan zuhanden der Volksabstimmung vom Juni 2012 unterbreitet würden, wieder in Kontakt kommen. Im Moment liege die Auslegeordnung zur Kenntnisnahme vor, damit der Rat die Überlegungen des Gemeinderats sehe. Abschliessend halte er nochmals fest, dass sich die heutige Beschlussfassung lediglich auf die Änderung von Ziff. 1 des Anhangs zur Gemeindeordnung beziehe, in welcher die beratende Funktion der Baukommission verankert sei, aber nicht gelebt werde. Der Gemeinderat sei der Meinung es sei unbefriedigend, wenn die Rechtsgrundlagen und die Realität nicht miteinander übereinstimmen würden, weshalb er dem Rat den Antrag stelle, diese Bestimmung ersatzlos zu streichen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Niklaus von Fischer führt aus, die forum-Fraktion danke dem Gemeinderat für die Antwort auf die Anregungen, welche die GPK schon im Jahr 2008 anlässlich der Verwaltungsprüfung formuliert habe. Das forum unterstütze die beschriebene Marschrichtung und finde es gut, dass klare Verantwortlichkeiten in Aussicht gestellt würden, dass auch der Gemeinderat mehr Verantwortung werde übernehmen müssen und dass mit der baldigen Besetzung der Stelle ein jahrelanges Anliegen des forums endlich erfüllt werde. Die forum-Fraktion stimme der beantragten Änderung von Ziff. 1 des Anhang zur Gemeindeordnung zu.

Andrea Corti erklärt, die FDP/jf-Fraktion begrüsse den ausführlichen Bericht des Gemeinderats und bedanke sich für dessen Erstellung. Sie bedanke sich auch bei der GPK und beim Gemeinderat für die seriöse und ausführliche Grundlagenerarbeitung. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze die vorgeschlagene Neuorganisation der Baupolizei. Er verzichte hier darauf, die wesentlichen Punkte zu erwähnen, da dies der Gemeindepräsident bereits getan habe. Diese Neuorganisation mache Sinn, u.a. deshalb, weil bei grösseren Bauvorhaben in der Gemeinde, welche die Wohnbevölkerung interessieren würden, in der Regel davon ausgegangen werde, dass die Gemeinde – also der Gemeinderat – das Bauvorhaben bewilligt habe. Dies sei bisher nicht der Fall, da Baubewilligungsbehörde stets die Baukommission sei. Trotzdem habe der Gemeinderat gegen aussen bei Fragen und Kritik im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben aufzutreten, obschon er im Baubewilligungsverfahren gar nicht beteiligt gewesen sei. Es betreffe dabei vor allem Bauvorhaben mit höheren Bau-summen. Diese Situation sei unschön. Unschön für die Gemeinde, unschön für den Gemeinderat und mit den vorgestellten Vorschlägen könne diese Situation sinnvoll bereinigt werden. Es mache zudem Sinn, dass über kleinere Baugesuche, die gar nicht öffentlich publiziert werden müssten, künftig die Bauverwaltung entscheide und nur noch die Baugesuche mit einer Bausumme unter CHF 5 Mio. weiterhin durch die Baukommission beurteilt würden. Die FDP/jf-Fraktion begrüsse die Mitwirkungsmöglichkeit bezüglich des Modells 2plus sowie die Überprüfung der bestehenden Reglemente und Nutzungsvorschriften. Die Erhöhung der Kapazitäten in der Bauverwaltung um eine Stelle erscheine nachvollziehbar und könne offenbar mit bestehenden Stellenpunkten umgesetzt werden. Somit empfehle die FDP/jf-Fraktion die Annahme des vom Gemeinderat vorgelegten Antrags.

Beat Wegmüller erklärt namens der SP-Fraktion, er wolle das Wichtigste vorwegnehmen: Grundsätzlich sei die SP-Fraktion mit den Überlegungen des Gemeinderats und der Abänderung des Anhangs zur Gemeindeordnung einverstanden. Aus Sicht der SP gebe es jedoch noch ein "Aber"; doch davon später. Die Änderung, dass die Baukommission nicht mehr als beratendes Organ für alle Vorhaben im Hochbau fungieren solle, sei längst überfällig. Seit mindestens 6 Jahren habe die Baukommission diese Funktion nicht mehr wahrnehmen können oder dürfen. Wenn Spezialkommissionen für gemeindeeigene Vorhaben eingesetzt würden, verlange die SP vom Gemeinderat, dass diese kompetent, interdisziplinär und bedürfnisgerecht besetzt würden. Er komme zu den Präsidien der Kommissionen: Es sei erfreulich, was der Gemeinderat dem Parlament heute präsentiere. Anlässlich der GGR-Sitzung vom 18. September 2007 hätten der Gemeinderat und das Parlament seine Motion abgelehnt, welche für die ständigen Kommissionen verlangt habe, dass das Präsidium durch den zuständigen Gemeinderat besetzt werden solle. Er stelle deshalb fest, dass in Muri eine erfreuliche Entwicklung stattfinde. Nun komme er zu seinem "Aber": In der Botschaft sei erwähnt, dass der Gemeinderat beabsichtige, das Präsidium der Baukommission, der Schulkommission und eventuell der Vormundschafts- und Sozialkommission dem zuständigen Ressortvorsteher oder der -vorsteherin zu übertragen. Dem stimme die SP grundsätzlich zu. Er denke, dass dies in Zukunft auch bei

der Sozialkommission sinnvoll sei (vermutlich werde die Kommission mit der Zeit nur so heissen). Nach Dafürhalten der SP sei es aber unzureichend, nur im Anhang zur Gemeindeordnung etwas zu ändern. Dies sei eine Light-Version. In Art. 52 der Gemeindeordnung sei ausdrücklich festgehalten, dass die Sitzverteilung der einzelnen Kommissionen aufgrund des Stimmenverhältnisses bei den Wahlen des Grossen Gemeinderates festgelegt würden. Im Weiteren sei erwähnt, dass bei der Besetzung der Präsidien eine angemessene Verteilung unter den Parteien anzustreben sei. Es sei notwendig, dass ausdrücklich festgehalten werde, dass die Besetzung der Präsidien der erwähnten Kommissionen durch die zuständige Gemeinderätin oder den zuständigen Gemeinderat erfolge und vor allem, dass bei der Verteilung der Präsidien und der Kommissionssitze unter den Parteien der Sitz des zuständigen Gemeinderats angerechnet werde. Aus diesem Grund stelle die SP-Fraktion folgenden Antrag:

Ergänzung des Beschlusses:

4. Der Gemeinderat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat im Zusammenhang mit der Neuregelung der Kommissionspräsidien die entsprechenden Änderungen der Gemeindeordnung.

Er bitte den Rat, diesem Antrag zuzustimmen. Damit werde der Gemeinderat nur verpflichtet, dem Grossen Gemeinderat die Änderung zu unterbreiten.

Markus Bärtschi führt aus, auch die SVP-Fraktion stimme diesem eigentlich unbedeutenden Antrag des Gemeinderats zu. Nachdem der zu streichende Bestimmung offenbar bereits in der Vergangenheit schon seit längerem nicht mehr nachgelebt worden sei, gebe es zwar vermutlich keine besondere Dringlichkeit, diese gerade jetzt zu streichen, es gebe aber auch keinen Grund, dies nicht zu tun. Den ganzen grossen Rest nehme die SVP als Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis. Die Fraktionen, die Parteien und jeder Gemeindebürger würden Gelegenheit haben mitzuwirken und das Parlament werde noch einmal einlässlich darüber beraten, bevor es das Geschäft zuhanden der Volksabstimmung verabschiede. Er gehe davon aus, dass der Gemeinderat an einem feedback interessiert sei, wenn er diesen Bericht vorlege. Er wolle zwei generelle Bemerkungen als Inputs bzw. Gedankenanstösse für die weitere, vom Gemeindepräsidenten skizzierte Entwicklung anbringen:

1. Zur Organisation der Baupolizei: Der vorgesehenen Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Kommission stehe die SVP eher skeptisch gegenüber. Grundsätzlich habe während langer Zeit eine Praxis geherrscht, wonach das Baugesetz so ausgelegt worden sei, dass man gesagt habe: "Eine Behörde pro Gemeinde". Dies sei einer Aufteilung, je nach Art des Geschäfts, entgegen gestanden. Entsprechend sei der SVP auch keine Gemeinde bekannt – der Gemeindepräsident habe vorher das Benchmarking angesprochen –, die eine derartige Lösung gewählt hätte. Eine solche wäre auf jeden Fall noch entsprechend abzuklären und durch das AGR vorprüfen zu lassen. Unproblematisch sei die abweichende Zuständigkeit für die kleinen Baugesuche. Dies könne aber auch mit einer einheitlichen Baupolizeibehörde gelöst werden, und zwar auf dem Weg der Präsidialverfügung. Die kleinen Baugesuche bzw. diejenigen, welche als solche gelten würden, seien im Gesetz klar definiert. Die Zuständigkeit des Gemeinderats für die "grossen Geschäfte" habe sachlich und politisch Vor- und Nachteile. Er sage bewusst "gross" in Anführungszeichen, da das Kriterium der Bausumme alles andere als glasklar sei; es sei untauglich. Wer schon einmal über Baugesuchsformularen gebrütet habe – für ein kleines Bauvorhaben, geschweige denn für ein grosses –, der wisse, wie diese Zahlen zustande kommen würden, in welchem Stadium eines Baus und was noch alles passiere, bis sie dann irgendwo hinten verifiziert würden. Dies würde zu einem Bereich von Bauprojekten führen, wo die Zahlen "gedrückt" oder angehoben werden könnten, um je nachdem die eine oder andere Zuständigkeit begründen zu können. Aus Sicht

- 18. Januar 2011 -

der SVP müsste unbedingt ein Kriterium gefunden werden, das den Anspruch der vom Gemeindepräsidenten erwähnten Glasklarheit erfüllen würde. Nehme man die Bausumme, so seien Unsicherheiten, Vorwürfe, Anwürfe und Diskussionen vorprogrammiert. In anderem Zusammenhang habe man gesagt, die Bauvorschriften sollten möglichst so formuliert werden, damit genau dies vermieden werden könnte. Ob die SVP der Lösung mit einer getrennten Zuständigkeit – wenn sie sachlich sauber begründet und vom AGR vorgeprüft wäre – zustimmen würde, habe sie noch nicht entschieden, aber der Prozess laufe ja noch einen Moment lang.

2. Personelle Aufstockung der Bauverwaltung: Eine solche erachte die SVP im Moment nicht als zwingend. Zwingend sei vielmehr, dass die Stellenprozente dafür eingesetzt würden, einen Nachfolger von Rolf Eberhard mit einer grosszügigen Überlappung anzustellen, so dass der Transfer des know hows sichergestellt werden könne. Nachher würden die Organisation der Bauverwaltung und die personelle Besetzung der Stellen auch unter Einbezug des neuen Leiters angegangen werden müssen. Bis dahin sollten möglichst keine präjudizierenden Entscheide gefällt werden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Martin Häusermann verzichtet als GPK-Sprecher auf ein Schlusswort.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er könne dem Rat versichern, dass der Gemeinderat mit dem Berater Daniel Arn – welcher auf diesem Gebiet ein ausgewiesener Experte sei – sehr lange darüber diskutiert habe, ob es ein Kriterium für eine lupenreine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Baukommission gebe. Es könne nicht ein unbestimmter Rechtsbegriff (wie z.B. "bei wichtigen Bauvorhaben" oder was auch immer) herangezogen werden, dies wäre schlicht nicht genehmigungsfähig und würde vom Kanton nicht akzeptiert. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass die definierte Grenze der Bausumme grundsätzlich rechtmässig sei. Dies werde aber überprüft, da die Regelung als Element der Baureglemente-revision in die kantonale Vorprüfung gegeben werde und dabei werde das AGR sicherlich namentlich auch diesen Punkt ganz genau prüfen, da – Irrtum vorbehalten – noch keine andere bernische Gemeinde eine solche Regelung habe. Dies sei aber für den Gemeinderat kein Grund, keine solche Lösung vorzusehen. Wenn dort ein innovativer Ansatz gefunden werde, der vielleicht später von anderen Gemeinden kopiert werde, so wäre dies nicht a priori schlecht. Die rechtliche Zulässigkeit werde selbstverständlich lupenrein abgeklärt. Hier könne er auch an das von Beat Wegmüller Gesagte anschliessen. Dieser Grundsatzentscheid sei nun einmal auf Stufe Gemeinderat gefällt worden. Selbstverständlich seien die Konsequenzen noch nicht bis in alle Details abgeklärt worden, da dies im Moment noch nicht nötig sei. In der nächsten Phase werde dies gemacht und spätestens Ende dieses Jahres, wenn das Geschäft dem Parlament wieder vorgelegt werde, würden dem Rat schlüssige Antworten auf die Fragen geliefert, ob tatsächlich weitergehende Rechtsänderungen – sei dies in der Gemeindeordnung, im Baureglement oder eben im Anhang zur Gemeindeordnung – bezüglich dem selbstverständlich zu respektierenden Parteienproporz notwendig seien. Ob der Antrag von Beat Wegmüller vom Rat überwiesen werde oder nicht, der Effekt sei derselbe. Der Gemeinderat werde die diesbezüglichen Fragen nach allen Regeln der Kunst abklären und dem Parlament die entsprechenden Anträge unterbreiten.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er halte an seinem Antrag fest, da in der Botschaft des Gemeinderats stehe, dass er das Präsidium im Rahmen des Anhangs zur Gemeindeordnung ordnen wolle. Aus seiner Sicht müsste dies aber in der Gemeindeordnung geregelt werden.

Antrag SP

Ergänzung des Beschlusses:

4. Der Gemeinderat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat im Zusammenhang mit der Neuregelung der Kommissionspräsidien die entsprechenden Änderungen der Gemeindeordnung.

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 17 Ja- zu 10 Neinstimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein)

(Ziff. 2 des Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum)

1. Vom Bericht des Gemeinderats zur Organisation der Baupolizei wird Kenntnis genommen.
2. Die Änderung von Ziffer 1 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000 wird erlassen.
3. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat im Zusammenhang mit der Neuregelung der Kommissionspräsidien die entsprechenden Änderungen der Gemeindeordnung.

7 **Motion forum-Fraktion betr. Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, er wolle sich kurz fassen, da sich der Gemeinderat bemüht habe, eine ausführliche Botschaft zum Anliegen der forum-Fraktion zu verfassen. Der Gemeinderat sei zusammengefasst klar der Meinung, dass im hier angesprochenen Verfahren gewisse Fehler passiert seien. Ursachen und Begleitumstände für diese Fehler seien entsprechend in den Urteilen der Verwaltungsjustizbehörden in aller Form aufgearbeitet worden. Der Gemeinderat vertrete aber gleichzeitig die klare Meinung, dass sich weitergehende Konsequenzen gegenüber den Mitgliedern der Baukommission nicht aufdrängen. Die Kommissionsmitglieder hätten zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Es seien Fehler passiert, aber er wolle das in der Botschaft Ausgeführte wiederholen: Jeden Tag würden schweizweit hunderte von Fehlern passieren, wo Verwaltungsbehörden Beschlüsse fassen würden, die von übergeordneten Instanzen aufgehoben würden. Wenn man jedes Mal daraufhin die unteren Instanzen "in die Wüste schicken" wollte, hätte man keine Verwaltungsbehörden mehr. Es sei sicherlich unschön, dass dies passiert sei, aber die Sache sei aufgearbeitet worden und der Gemeinderat sei der Meinung, dass keine weiteren Abklärungen nötig seien. Im Übrigen habe der Gemeinderat in aller Form auf sein grosses Anliegen hingewiesen, dass – soweit überhaupt möglich – durch geeignete Rahmenbedingungen verhindert werden solle, dass ähnliche Fehler in Zukunft wieder passieren könnten. Dies sei wichtig und richtig und der Gemeinderat habe die nötigen Massnahmen in die Wege geleitet. Zum Teil seien auch Massnahmen auf Stufe GGR nötig und der Gemeinderat unterstütze diese explizit. Er wolle aber noch einmal klar festhalten, dass auch durch x Massnahmen keine Gewähr dafür bestehe, dass keine Fehler passieren würden. Niemand könne von sich behaupten, er sei fehlerlos. Aber man wolle die Wahrscheinlichkeit reduzieren und dies solle in aller Form getan werden.

Martin Häusermann bedankt sich im Namen der forum-Fraktion für die vorliegende Antwort. Die Fraktion nehme die Haltung des Gemeinderats betreffend den Verantwortlichkeiten zur Kenntnis. Ebenso, dass der Gemeinderat keinen Anlass für personelle Konsequenzen sehe. Die vorgeschlagenen Schritte, um zukünftig ähnliche Fehler zu vermeiden, seien ein gangbarer Ansatz. Es dürfe jedoch nicht ausser Acht gelassen werden, dass die meisten dieser Schritte voraussichtlich erst im Jahr 2013 in Kraft treten würden. Mit der Überweisung als Postulat und der anschliessenden Abschreibung von Bst. a) der Motion könne das forum leben. Es sei leider festzustellen, dass der Gemeinderat offenbar wenig Bereitschaft verspüre, das Thema umfassend aufzuarbeiten.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Beschluss, dies aber primär vom Ergebnis her. In der Sache selbst empfinde sie den Vorstoss als tendenziös formuliert. Sie möchte die Ausführungen in der gemeinderätlichen Stellungnahme unterstreichen, wonach nicht jeder Entscheid, welcher oberinstanzlich gekehrt werde, einen "Fehler" darstelle, der nach personellen Konsequenzen rufe. Dies zeuge von einer recht "verquerten" Vorstellung des Rechts und seiner Anwendung. Es sei im Gegenteil eher so, dass eine Fehlerkultur etabliert werden müsste, in welcher die Entscheidsträger Fehler begehen könnten und dürften und auch zu diesen stehen könnten. Selbstverständlich würden wir alle daran arbeiten, unsere persönliche Fehlerquote in allen Bereichen zu drücken. Das Ziel könne aber nicht Fehlerlosigkeit sein, da wir sonst gar nichts mehr machen würden. Dasselbe gelte auch für eine Baubewilligungsbehörde. Eine erste Instanz, welche in zwei Dritteln ihrer weitergezogenen Entscheide bestätigt werde, habe eine sehr gute Quote. In Verfahren, bei welchen schon auf beiden Seiten die Anwälte die Messer wetzen würden und absehbar sei, dass der Entscheid nicht in der Gemeinde fallen sondern weitergezogen werde, egal wie er laute, sei insbesondere darauf zu achten, dass innert nützlicher Frist entschieden werde. Dieser Aspekt sei in all den Überlegungen – auch in denjenigen des Gemeinderats – bis anhin noch zu wenig vorgekommen. Die beförderliche Behandlung der Gesuche sei nicht nur ein Anspruch der Gesuchsteller, sondern sie sei auch im Interesse der Gemeinde. Er wolle dies am Beispiel des Rugby darstellen: Wenn er den Ball habe, so habe er einen Moment lang Zeit, diesen weiterzuspielen. Wenn er lange überlege, wohin er ihn spielen solle, würden sich alle ihm zuwenden und er könne ihn nur noch unter Druck abspielen. Wenn er nur noch einen Moment länger zuwarte, liege er unter einem Haufen und alle würden über ihm liegen. Die Gemeinde habe sich mehr als einmal in verschiedenen Verfahren in diese Situation begeben. Es werde immer schwieriger und am Schluss fast unmöglich, überhaupt noch irgendetwas zu machen. Es bestehe sicherlich ein gewisser Reorganisationsbedarf; dieser sei angegangen worden. Dagegen aber, dass man als Erstes sage "wen bestrafen wir nun", wenn ein Entscheid oberinstanzlich gekehrt worden sei, verwahre sich die SVP.

Suzanne Fankhauser zitiert namens der SP-Fraktion: "Im Recht zu sein, das nützt dir wenig, bleibt der Mächtige doch immer König" und sie habe sich gefragt: "Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld". Das Bauprojekt KAMATA habe nach einem langen Seilziehen im Bundesgerichtsurteil 2010 seinen Abschluss gefunden. Die klare Rüge seitens des Bundesgerichts liege im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, zeige sie doch, dass Justitia – auch wenn David gegen Goliath antrete – die Fakten gründlich prüfe und das Gesetz von allen eingehalten werden müsse. Gesetz bleibe also Gesetz und wer sich nicht daran halte, begehe eine Gesetzeswidrigkeit. Punkt! Wenn der Gemeinderat in seiner Begründung die Ansicht vertrete, es fehlten im vorliegenden Fall jegliche Anhaltspunkte für eine persönliche Bereicherung, so teile die SP-Fraktion diese Ansicht nicht ganz. An dieser Stelle solle nochmals an den Landverkauf erinnert werden, welcher in bestimmte Kassen ziemlich viel Geld gespült habe. Zudem habe die SP, leider erfolglos, auf den

gewissen "Filz" zwischen Baukommission und Bauprojekten hingewiesen und Interessenskonflikte thematisiert. So gesehen wären personelle Konsequenzen in diesem Bereich zumindest angezeigt und wünschenswert. Aus Sicht der SP brauche es eine Baukommission, die ihre Integrität wiedererlange oder wiedererlangt habe, um den Bürgerinnen und Bürgern das verlorene Vertrauen in dieses Gremium zurückzugeben. Für die SP-Fraktion bleibe allerdings ein bitterer Nachgeschmack zurück, da gerade sie diejenige gewesen sei, welche hartnäckig – inzwischen wisse man zu Recht – auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gepocht und darum gekämpft habe und eigentlich habe sie der Gemeinde als Fleckenmittel gedient. Denn die Gemeinde wolle ja keinen "Tolgge" auf der weissen Weste zurücklassen und in ein schlechtes Licht geraten, weil Bauvorschriften verwässert oder gar Instanzenwege umgangen worden wären zu Gunsten von gewissen Interessensverbänden. Dieses Fleckenmittel dürfe die SP nun auch noch selber bezahlen und dies mute etwas eigenartig an. Kurz gesagt: Profitieren vom wieder ins Lot gebrachten Recht könne eigentlich die ganze Einwohnergemeinde Muri, berappen solle es die SP, die mutig und unbeirrt den Weg durch die Instanzen gegangen sei, ungeachtet der grossen Risiken und ihres kleinen Budgets. Sie erachte dies als wenig solidarisch. Der Satz, dass eigentlich der Gemeinde Muri kein Schaden entstanden sei – wie in der Antwort des Gemeinderates formuliert – höre sich aus dieser Perspektive doch ziemlich zynisch an. Oft spreche man beim Kostenverteiler vom Verursacherprinzip und sie verstehe nicht ganz, wieso dieses vorliegend nicht auch zur Anwendung gelangen sollte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss

Bst. a) wird einstimmig als Postulat überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

Bst. b) wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Motion überwiesen.

8 Postulat FDP/jf-Fraktion betr. die Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer verweist als gemeinderätlicher Sprecher auf die vorliegende Stellungnahme des Gemeinderats, welcher zu entnehmen sei, dass die entsprechenden Schritte in die Wege geleitet worden seien. Einige Anpassungen seien notwendig, da das Baureglement nicht mehr zeitgemäss sei und man versuchen müsse, sofern möglich gewisse Artikel glasklar zu formulieren.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion danke dem Gemeinderat für die prompte Stellungnahme zu ihrem Vorstoss und für die Bereitschaft, der Überweisung des Postulats zuzustimmen. Aus ihrer Sicht sei es wichtig, dass Ergebnisse von rechtlichen Auseinandersetzungen, vor allem auch wenn sie nicht gemäss den Erwartungen entschieden worden seien, nach deren Abschluss sorgfältig analysiert und die notwendigen Lehren für die Zukunft daraus gezogen würden. Dies solle aber nicht heissen – und hier schaue er zurück auf das vorhergehende Traktandum –, dass bei jedem Rechtsgeschäft, welches von einer höheren Instanz korrigiert werde, wie im vorliegenden Fall gleich die Frage nach personellen Konsequenzen gestellt werden sollte. Damit würde unser gesamtes System, in welchem verschiedene Akteure eine Situation verschieden beurteilen könnten und sollten, in Frage gestellt. Vielmehr

müsse es darum gehen, die Situation sachlich und mit Blick in die Zukunft anzugehen.

Matthias Manz erklärt namens der SP-Fraktion, er möchte diesen Vorstoss nicht als solchen bekämpfen, man könne gut im Rahmen der Revision des Baureglements unklare Bestimmungen überprüfen. Er möchte aber doch für das Protokoll klar festhalten, was damit gemeint sein könne und was nicht. Aus dem Vorstoss sei nicht klar ersichtlich, was genau für Arten von Ungenauigkeiten behoben werden sollten. Auch die Antwort des Gemeinderats bringe diesbezüglich keine Klarheit. Er möchte hier ganz klar festhalten, dass es nicht darum gehen könne, dass der Nutzungszweck – also das, was im Rahmen des Gerichtsverfahrens wirklich umstritten gewesen sei und wo die Gerichte klar gesagt hätten, welche Rechtsauffassung gelte – gekehrt werde. Dies könne wirklich nicht die Meinung sein. Umstritten sei der Begriff "ausgewogene Nutzung" gewesen und es gehe nicht an, dass man nun die Bestimmung dieser ZPP bereinigen wolle. Es könne nur darum gehen, dass allenfalls irgendwo eine Klammerbemerkung überprüft werde und diese gegebenenfalls durch ein "zum Beispiel" ersetzt werde. Wenn dies der Konsens sei, habe er nichts gegen diesen Vorstoss. Er wolle aber vor der Versuchung warnen, inhaltlich eine vom Gericht bestätigte Zonenbestimmung umkehren zu wollen. Den Reaktionen des Fraktionschefs der FDP entnehme er, dass dies nicht die Meinung des Vorstosses sei, sondern dass es wirklich um Klammerbemerkungen und dergleichen gehe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Roland Meyer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat FDP/jf-Fraktion betr. die Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA wird überwiesen.

9 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2011

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Christian Staub verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2011 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

10 Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe einige kleine Ergänzungen zur gemeinderätlichen Stellungnahme anzubringen: Auch der Hallenboden sei überprüft worden und dieser könne – wie der Botschaft zu entnehmen sei – noch verwendet werden. Zusätzlich habe man geprüft, ob Solarzellen auf dem Dach angebracht werden sollten. Davon werde abgesehen, weil das dadurch produzierte warme Wasser gar nicht genutzt werden könnte. Das Wasser müsste wieder hinuntergekühlt und schlussendlich ins Abwasser geleitet werden. Warmes Wasser dürfe jedoch nicht der Abwasserleitung zugeführt werden. Wenn aber in einer späteren Phase auf dem Dach irgendetwas gemacht werde, könne die Installation hinaufgezogen werden, damit die Panels angebracht werden könnten. In dieser ersten Phase würden die Panels nicht montiert, da das Wasser – wie erwähnt – entsorgt werden müsste. Auf dem Nebengebäude der Turnhalle würde bereits eine gewisse Solaranlage bestehen. Diese sei zur Erzeugung des warmen Wassers ausreichend. Im Weiteren sei eine neue Vorschrift "Sicherheit auf Flachdächern" erlassen worden. Diese werde natürlich sofort umgesetzt, obwohl alle nicht so begeistert davon gewesen seien.

Peter Kneubühler (FDP/jf) bedankt sich beim Gemeinderat im Namen der Fraktion ganz herzlich für die wohlwollende und positive Aufnahme dieses Vorstosses. Die Fraktion habe zur Kenntnis nehmen können, dass der Stein schon am Rollen sei, was die Sanierung der Turnhalle anbelange und dass zum Teil offene Türen eingerannt würden. Sie sei froh, dass die Sanierung an die Hand genommen worden sei bzw. werde, zu Beginn mit der Sanierung des Daches. Sie sei aber auch froh darüber, dass danach der Kerninhalt der Motion ebenfalls umgesetzt werde, nämlich die Erstellung eines Konzepts mit Projekt, Zeitplan und Kosten – angekündigt für das Jahr 2012 – und die Turnhalle dann auch inwendig saniert werden solle. Die FDP/jf-Fraktion sei sehr zufrieden.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, die Motion der FDP/jf-Fraktion für eine Verbesserung der Sportmöglichkeiten im Schulhaus Moos sei unterstützungswürdig und verfolge ein gutes Ziel, die optimalen Bedingungen für den längerfristigen Turnhallenbetrieb zu schaffen. Das forum sei aber über die eingereichte Motion erstaunt gewesen. Seit geraumer Zeit werde bei Vorstössen, welche in irgendeiner Form die Schulräume betreffen würden, immer auf die laufende Studie Schulraumplanung verwiesen. Endlich, wenn die Studie in die Wege geleitet sei, würden vor dem Vorliegen der Resultate schon die ersten Anpassungsvorschläge vorweggenommen. Beispielsweise: Es könnte bei dieser Turnhalle das Licht saniert werden, oder das Dach, oder es könnten Solarzellen installiert werden, oder der Boden oder vielleicht die ganze Halle saniert werden. Die Sanierung des Dachs der Turnhalle werde dieses Jahr CHF 700'000.00 verschlingen. Wir wüssten jedoch noch gar nicht, ob der BSV nach 10 Jahren Betrieb in der Dreifachturnhalle der ISB je wieder ins Moos zurückkehre. Es frage sich damit, ob mit den Anpassungen in der Turnhalle nicht besser zugewartet werden sollte. Alle Parteien seien sich einig gewesen, dass eine Studie die gemeinsame Stossrichtung der Schulraumplanung sowie eine längerfristige Planung sämtlicher Schulräume aufzeigen sollte. Dazu gehöre der Einbezug der Schulhäuser und deren Turnhallen, der Tagesschulen und der Kindergärten. Eine gemeinsame Planung solle den Entwicklungsbedarf, die Möglichkeiten und die entsprechenden Kosten aufzeigen. Aufgrund der FDP/jf-Motion habe das forum gemerkt, dass verschiedene Auffassungen über das Pflichtenheft der Studie Schulraumplanung bestehen würden, weshalb das forum eine Einfache Anfrage lanciert habe. Der Antwort habe man entnehmen müssen, dass gewisse Punkte der Studie nicht berücksichtigt

worden seien, welche in zukünftigen politischen Fragen zum Thema Schulraumplanung fehlen würden. Entsprechend werde heute eine Motion des forums eingereicht, um die Studie mit drei Schwerpunkten zu erweitern. Als Brennpunkte würden gelten:

1. Der Einbezug der Turnhallen
2. Die genügende Berücksichtigung der zukünftigen Werterhaltungs- und Investitionskosten der Schulräume
3. Eine Gegenvariante zur Stossrichtung der Schliessung der Kindergärten.

Das forum frage sich, ob aufgrund der bevorstehenden hohen Investitionen für das Schulareal Moos – er erinnere sich daran, dass Rolf Friedli das Gebäude als "Fass ohne Boden" bezeichnet habe – nicht ein kompletter Neubau des Schulhauses und der Turnhalle in dieser Studie aufgezeigt werden sollte. Er hoffe, dass die RatskollegInnen ebenfalls den Bedarf für die Anpassung der Studie sehen würden, damit ein griffiges politisches Instrument vorliege, um zukünftige weitreichende politische Entscheide in diesem Zusammenhang fällen zu können.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Roland Meyer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle wird überwiesen.

11 **Motion SP-Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard-Anlage von der Gesamtsanierung Füllerich**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, letzte Woche habe zusammen mit der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen, der Schulverwaltung und der Bauverwaltung bereits die Kick-off-Sitzung stattgefunden. Das Ziel sei, dass die Skateboard-Anlage im Sommer eingeweiht werden könne. Die Jugendlichen seien einbezogen und würden tatkräftig mithelfen.

Johanna Ziberi (SP) führt aus, dies sei ein wunderschönes Geschäft um aufzuzeigen, wie schnell es gehen könne, wenn man sich damit auseinandersetze. Sie danke Patricia Gubler für ihren Einsatz. Sie finde es fantastisch, wie alle mitgearbeitet hätten. Es sei ein schönes Projekt und sie sei froh, dass es endlich vonstatten gehe. Es wäre schade gewesen, wenn es noch ewig hätte warten müssen und sie sei sicher, dass die Jugendlichen dankbar dafür seien.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion lehne die Überweisung der Motion aus folgenden Gründen ab: Einerseits gebe es durchaus sachliche Gründe, welche dafür sprechen würden, die Anlage im Rahmen des Gesamtkonzepts zu realisieren, so wie es auch gute Gründe dafür gegeben habe, die Skateboard-Anlage in die 1. Etappe zu nehmen, wie dies der Gemeinderat angedacht habe. Dies sei jedoch nicht so entscheidend. Das Problem sei ein grundsätzliches. Jugendmotionen hätten in diesem Rat immer insofern eine Vorzugsstellung genossen, als dass die Bemühungen der Jugendlichen so honoriert worden seien, dass sie eigentlich praktisch immer einstimmig unterstützt worden seien. Es könne nicht sein, dass ein gleicher Automatismus geschaffen werde, dass diese Anliegen auch noch immer besonders dringlich seien und sofort umgesetzt werden müssten. Er könne insbesondere das Argument nicht mehr hören, die Motionäre hätten sonst nichts mehr davon. Alle in diesem Rat

würden hoffentlich nicht Politik machen, von der sie selber so wahnsinnig viel davon hätten. Wenn dieses Bild an die Jugendlichen vermittelt werde, so sei es definitiv ein falsches. Sein Bild sei: "Mir trage die Fackle chli witer, äs nimmt se de hoffetlech öper id Hang u die brönnt no, we mir si nümme gseh." Wir würden ja keine Skateboard-Anlage für zwei Motionäre bauen und würden sie auch nicht wieder abreißen, wenn diese dem Skateboard entwachsen seien. Das Kriterium, ob die Anlage gebaut werde, sei völlig losgelöst von den zwei Motionären und so sollte dies auch beurteilt werden, insbesondere im Hinblick auf künftige Jugendmotionen, welche sicherlich wiederum praktisch einstimmig überwiesen würden.

Johanna Ziberi (SP) weist darauf hin, es sei damals nicht gesagt worden, die Motion werde dringlich bearbeitet, weil es sich um Jugendmotionäre handle, sondern weil sich alle darüber einig gewesen seien, dass die Sache möglichst rasch über die Bühne gehen sollte. Man habe dann gesagt, die Skateboard-Anlage werde an die Gesamtanierung gekoppelt, da sie dann möglichst rasch realisiert werde. Dass sich nun Verzögerungen ergeben hätten, sei nicht der Fehler des Gemeinderats, nicht der Fehler des Parlament und nicht der Fehler der Motionäre. Die logische Konsequenz sei aber, wenn man schon gesagt habe, die Sache werde dringlich behandelt und schnell ausgeführt, dass sie nun halt abgekoppelt und separat abgewickelt werde. Dies sei nichts als logisch und habe nichts damit zu tun, dass es sich um junge Leute handle, sondern es habe damit zu tun, dass man gesagt habe, die Anlage werde rasch – wenn möglich im Rahmen der Gesamtanierung – realisiert. Da dies nun offenbar nicht möglich sei, müsse man sie nun halt eben vorziehen. Sie denke, der Gemeinderat habe richtig gehandelt und auch die richtigen Massnahmen ergriffen. Sie finde es schön vom Gemeinderat, dass er diese Schritte nun so geplant habe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Patricia Gubler verzichtet auf ein Schlusswort.

Johann Ziberi (SP) führt aus, ihr Schlusswort sei ein nochmaliger Dank an den Gemeinderat und vor allem an die zuständige Gemeinderätin, welche sich dafür eingesetzt habe. Die Jugendlichen würden sich ebenfalls einsetzen und sich mitbeteiligen und damit vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt auch zu politisch verantwortlichen Personen werden.

Beschluss (27 Ja / 7 Nein / 3 Enthaltungen)

Die Motion SP-Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard Anlage von der Gesamtanierung Füllerich wird überwiesen.

12 **Motion SP-Fraktion: WLAN im Bärtschihus**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Johanna Ziberi (SP) bedankt sich für die Antwort des Gemeinderats. Sie stelle fest, dass offenbar allseits eine kleine Informationslücke bestanden habe, welche nun hier habe geschlossen werden können.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, es werde hier über eine Motion abgestimmt und ein Begehren behandelt, welches mit einem Telefongespräch mit der Verwaltung hätte erledigt werden können. So wie das Geschäft nun gelaufen sei, habe man das Parlament, den Gemeinderat und etliche an sich nicht direkt betroffene

Teile der Verwaltung beübt. Nicht nur aus Sicht der FDP/jf-Fraktion sollten parlamentarische Vorstösse primär dazu dienen, für das Gemeinwesen wichtige Fragestellungen zu klären, eine Rechtssetzung zu initiieren oder andere wichtige Massnahmen zu ergreifen. Es werde wohl kaum jemand im Saal der Meinung sein, das vorliegende Geschäft erfülle diese Kriterien. Nachdem das WLAN offenbar zwischenzeitlich bereits installiert und in Betrieb sei, erscheine es der FDP/jf-Fraktion in diesem Fall nicht sinnvoll, die Überweisung und Abschreibung der an sich nicht sachgerechten Motion abzulehnen. Sie hoffe aber, dass trotz dem bevorstehenden Wahljahr sich alle in Zukunft einer etwas grösseren Zurückhaltung befleissigen würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Patricia Gubler als auch Johanna Ziberi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion SP-Fraktion: WLAN im Bärtschihus wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

13 Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri-Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Johann Ziberi (SP) erklärt, Ramina Wakil bedanke sich für die Antwort und sie sei damit sehr zufrieden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (30 Ja / 7 Nein)

Das Postulat Wakil (SP) betr. Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri Gümligen wird überwiesen.

14 Einfache Anfrage forum-Fraktion betr. Schulraumplanung in unserer Gemeinde

Der Vorsitzende führt aus, da er selber bei der Firma Reflecta tätig sei, würden die Geschäfte, welche die Schulraumplanung betreffen, grundsätzlich durch den ersten Vizepräsidenten des GGR geführt. Er übergebe daher das Wort an Beat Marti.

Der 1. Vizepräsident orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Seitens des Gemeinderats wird auf ein Votum verzichtet.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, die forum-Fraktion sei mit der Antwort zufrieden. Wie er bereits vorgängig erwähnt habe, werde heute eine entsprechende Motion eingereicht.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

15 Einfache Anfrage forum-Fraktion zur Projektorganisation Richtplan Siedlungs-entwicklung

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Martin Häusermann (forum) bedankt sich für die gemeinderätliche Antwort. Betreffend Frage 3 nach dem externen Planer und dessen Auftrag wisse man zwar nun, dass ein zweiter Fachplaner beigezogen worden sei. Allerdings bleibe man weiterhin im Unklaren darüber, was konkret der Auftrag an die Planer sei.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

16 Einfache Anfrage Corti (FDP/jf) betr. Kindergarten/Basisstufe in der Gemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Seitens des Gemeinderats wird auf ein Votum verzichtet.

Andrea Corti (FDP) bedankt sich für die gemeinderätliche Antwort.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

17 Informationen des Gemeinderats

Darlehen Alters- und Pflegeheim Muri-Gümligen (APH)

Pia Aeschimann führt aus, das Parlament habe dem Gemeinderat im November 2010 die Kompetenz erteilt, einen Darlehensvertrag mit dem APH abzuschliessen, sofern das APH eine Darlehensgewährung seitens der Gemeinde wünsche. Dies sei so, das APH sei auf den Gemeinderat zugekommen und ein Darlehensvertrag sei abgeschlossen worden. Die CHF 2,5 Mio., welche das APH für die Rückzahlung an die GEF benötige, würden Ende Januar 2011 an das APH zwecks Weiterleitung an die GEF überwiesen. Ab 1. Februar 2011 laufe ein Zins von 2,51 %; dieser Zins werde jährlich angepasst. Die Lauffrist des Darlehens sei auf 10 Jahre begrenzt und die jährliche Amortisationsrate betrage mindestens CHF 250'000.00.

Zentrum Moos

Hans-Rudolf Saxer erklärt, er habe zwei Mitteilungen betreffend das Zentrum Moos am Turbenweg, wo der Aushub im Gang sei. Im Rahmen des Aushubs sei die Bau-firma auf gewisse Substanzen aus früheren Zeiten gestossen. Es handle sich nicht um Sondermüll oder irgendetwas Giftiges und sei auch nicht besorgniserregend. Es gehe um alte Bettfedern und Derartiges, welche dort einmal in einer alten Grube ent-sorgt worden seien. Dies habe einiges Erstaunen ausgelöst, seien doch mehrere Sondierungsschlitze gemacht worden, bevor das Land im Baurecht an die Mobil-iar abgegeben worden sei. Es sei damals überhaupt nichts zum Vorschein gekommen. Von den vertraglichen Bedingungen her sei völlig klar, dass die Gemeinde die Kosten für die spezielle Entsorgung dieser Abfälle zu übernehmen habe. Die normalen Ab-fälle würden zu Lasten der Baurechthemerin, der Schweizerischen Mobil-iar, gehen. Die Kosten für die Sonderentsorgung habe selbstverständlich die Gemeinde zu tragen. Die Höhe der Kosten könne noch nicht abschliessend eingeschätzt werden. Im Moment belaufe sich das Schadensbild auf ca. CHF 80'000.00, wenn auf dem

- 18. Januar 2011 -

restlichen Terrain noch einmal so viele Bettfedern wie bis anhin zum Vorschein kommen würden, so würden die Kosten ca. CHF 150'000.00 betragen. Dies sei an sich bedauerlich, sei aber die logische Konsequenz. Die Gemeinde habe das Land zu sehr stolzen Konditionen im Baurecht abgegeben, werde einen guten Baurechtszins während 80 Jahren vereinnahmen können und diese CHF 150'000.00 würden etwas mehr als die Hälfte eines Jahreszinses ausmachen.

Die zweite Mitteilung sei erfreulicher, indem die Begegnungszone Turbenweg mittlerweile rechtskräftig baubewilligt sei.

18 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Wegmüller (SP) betreffend Einrichten eines Velo-/ Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Aareweg zwischen dem Muribad und der Auguetbrücke so herzurichten, dass er für den Fahrradverkehr freigegeben werden kann.

Im Weiteren ist zu prüfen, wie ein (fahrbarer) Veloweg zwischen dem Haldenweg und der Auguetbrücke realisiert werden könnte.

Begründung:

Die Auguetbrücke kann heute nur zu Fuss erreicht werden. Auch von der Auguetbrücke aus ist das übergeordnete Wegnetz in Muri nur zu Fuss erreichbar. Velos müssen gestossen werden.

Der Aareweg zwischen dem Muribad und der Auguetbrücke ist genug breit und könnte wenn nötig zum Teil auch noch ein wenig verbreitert werden, um von SpaziergängerInnen als auch von Velofahrenden benutzt zu werden. Zudem besteht für die FussgängerInnen die Möglichkeit, den Fussweg entlang des Flussufers zu benutzen. Aus diesen Gründen ist das Konfliktpotenzial zwischen FussgängerInnen und VelofahrerInnen in diesem Teil des Aarewegs gering. Mit einem attraktiven Velowegnetz wird dafür gesorgt, dass eine abwechslungsreiche und wenig umweltbelastende Freizeitgestaltung wieder vermehrt direkt im Umfeld des Wohnens möglich ist. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern benötigen Velowege, die nicht mit Autos geteilt werden müssen und so ein unbeschwertes Fahrradfahren ermöglichen.

Das Teilstück des Aarewegs zwischen dem Parkplatz Wehrliau und dem Muribad ist weiterhin mit einem Fahrverbot zu belegen, da insbesondere im Sommer die Konflikte zwischen FussgängerInnen und allfälligen VelofahrerInnen zu gross sind. Es darf den VelofahrerInnen zugemutet werden, in diesem Teilstück das Fahrrad zu stossen.

Mit der geforderten Massnahme würde ein schöner Teil der Aare für VelofahrerInnen attraktiver und dennoch bliebe der grösste Teil des Aaregebiets den FussgängerInnen vorbehalten. Die Massnahme verursacht nur geringe Kosten, ist sie doch mit ein paar wenigen Tafeln umsetzbar.

Gümligen, 18. Januar 2011

Beat Wegmüller

F. Ruta, B. Schneider, M. Graham, M. Häusermann, M. Kämpf, U. Siegenthaler, Y. Brügger, J. Ziberi, J. Stettler, S. Gautschi, M. Manz, A. Kauth, U. Wenger, R. Raaflaub, M. Kästli, J. Aebersold (17)

Motion SP Fraktion betreffend Tempo 40 auf der Thunstrasse zwischen der Abzweigung Mettlengässli und der Mündung Thunstrasse-Kräyigenweg

Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Thunstrasse zwischen dem Kreisel "Mettlengässli" und der Abzweigung Kräyigenweg Tempo 40 einzuführen. Der

Gemeinderat prüft zudem, ob sich Erweiterungen der Temporeduktion auf abzweigende Strassenabschnitte aufdrängen.

Begründung:

Das Bundesgericht hat am 8. September 2010 entschieden, dass Tempo 30 auch auf Hauptstrassen grundsätzlich zulässig ist. Wichtige Rahmenbedingungen für die Abweichung von der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit setzt Artikel 108 der Signalisationsverordnung (SSV). Gemäss Abs. 2 ist unter anderem der Schutz von bestimmten Strassenbenützern ein Grund für eine Geschwindigkeitsreduktion.

Die Thunstrasse weist gemäss Unfallstatistik die höchsten Verkehrsunfallzahlen in der Gemeinde auf. Die Thunstrasse wird als Schulweg Richtung Schulhaus Aebnit und Schulhaus Seidenberg rege von jungen VelofahrerInnen benutzt und ist zudem im Verkehrsrichtplan als kantonale Veloroute bezeichnet, somit muss die grösstmögliche Sicherheit der VelofahrerInnen auf der Thunstrasse angestrebt werden. Auf der erwähnten Teilstrecke existieren zum Teil keine separaten Velostreifen und zudem ist die Situation teilweise sehr unübersichtlich und eng (Kirchenmauer). Tempo 40 sorgt dafür, dass die Verkehrssicherheit der VelofahrerInnen auf diesem Teilgebiet erhöht wird.

Durch die Einführung von Tempo 40 würde rücksichtsvolles Verkehrsverhalten gefördert und "aggressives" Beschleunigen, nach einem durch die Lichtsignalanlage erwirkten Stopp, verhindert. Der zusätzliche Zeitverlust der Autofahrer ist auf dieser Strecke vernachlässigbar, da der grösste Zeitverlust aufgrund der Tramquerung (Lichtsignalanlage) erfolgt. Fährt man von Osten her kommend beim Kräyigenweg in den genannten Strassenabschnitt ein, ist ein Abbremsen auf 40 km/h oder weniger so oder so angezeigt, da die Kirchenmauer die Situation sehr unübersichtlich macht und erst spät einsehbar ist, ob die Lichtsignalanlage auf Rot steht. Tempo 40 würde somit den Verkehrsfluss beruhigen und gefährlichen Situationen vorbeugen. Auch KirchgängerInnen müssten künftig beim Queren des Fussgängerstreifens weniger um ihr Leben fürchten! Mit der Massnahme, würde eine Fahrweise festgelegt, die in diesem Bereich aufgrund der Umstände so oder so angezeigt ist.

Tempo 40 würde allen VerkehrsteilnehmerInnen des Weiteren klar kommunizieren, dass sie sich im Dorfkern von Muri befinden, die Temporeduktion ist auch ein Beitrag zur Steigerung der Qualität des Dorfkerns.

Sollte die Versetzung der Kirchenmauer mittelfristig tatsächlich einmal ein Thema werden, so spricht dies - im Interesse allfälliger Verkehrsoffer - nicht für eine Aufschiebung der geforderten Massnahme. Die Temporeduktion kann relativ schnell und einfach umgesetzt werden, die Mauer zu versetzen ist sicherlich einiges komplizierter.

(Bremswege bei Tempo 30: 5 Meter bei Tempo 50: 13 Meter)

Muri, 18. Januar 2011

S. Fankhauser

Y. Brügger, U. Siegenthaler, F. Ruta, B. Schneider, J. Ziberi, M. Graham, J. Stettler, S. Gautschi, M. Kämpf, M. Häusermann, N. von Fischer, M. Manz, S. Lack (14)

Motion Wegmüller (SP) betreffend Boden- und Wohnbaupolitik in Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und eine Vorlage zu erarbeiten, die der Gemeinde eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik ermöglicht. Sie fördert ein ausreichendes Angebot an familienfreundlichen Wohngelegenheiten und ist bestrebt, den gemeinnützigen Wohnungsbau aktiv zu unterstützen. Zu diesem Zweck wird ein Fonds de roulement eingerichtet.

Begründung:

Wie in allen steuergünstigen Gemeinden, hat auch in Muri bei Bern der tiefe Steueransatz für die breite Bevölkerung auch eine Kehrseite: die hohen Bodenpreise und Wohnkosten. Für „Normalsterbliche“ ist der Erwerb von Wohneigentum fast unerschwinglich geworden. Deshalb ist eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik der Gemeinde die Voraussetzung für eine zeitgemässe bauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Muri-Gümligen.

Zu den Aufgabe dieser Politik gehören unter anderem:

- Die Beschaffung und Abgabe von Grundstücken für die Wirtschaft und den Wohnungsbau.
- Die Förderung des familien- und behindertengerechten Wohnungsbaus.
- Die Sicherung von planerischen Zielen und Richtplänen.
- Die Erhaltung und Erneuerung der Liegenschaften des Finanzvermögens.
- Die Teilnahme am Boden- und Wohnungsmarkt zur Bekämpfung der Spekulation.
- Mit einem Fonds de roulement könnten Grundstücke aufgewertet und im Sinne dieser Politik verkauft werden. Mit dem erwirtschafteten Gewinn würde die Möglichkeit geschaffen, neue Grundstücke zu kaufen. Ein solcher Anfang könnte mit der Parzelle Toracher gemacht werden.

Gümligen, 18. Januar 2011

Beat Wegmüller

F. Ruta, B. Schneider, M. Graham, M. Manz, U. Siegenthaler, Y. Brügger, J. Ziberi, J. Stettler, S. Gautschi, N. von Fischer (11)

Motion Gautschi (forum) betreffend Erweiterung des Auftrags „Studie Schulraumplanung“ unter 1. Einbezug der Turnhallen, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante „Beibehaltung der Kindergärten“

Der Gemeinderat wird beauftragt abzuklären, inwiefern der laufende Auftrag Schulraumplanung mit folgenden Schwerpunkten ergänzt werden kann:

1. Einbezug der schuleigenen Turnhallen in die Schulraumplanung unter Berücksichtigung des zukünftigen Bedarfs als auch der bevorstehenden Investitions- und Werterhaltungskosten.
2. Einbezug der zukünftigen Investitions- und Werterhaltungskosten unter Berücksichtigung sämtlicher voraussehbaren, erforderlichen Anpassungen der einzelnen Schulhäuser. Als Spezialfall soll das Schulhaus Moos mit den überdurchschnittlichen Sanierungs- und Investitionskosten in der Vergangenheit betrachtet werden und hierzu die Variante eines Neubaus überprüft werden.
3. Die Variante Beibehaltung der bestehenden Kindergärten inkl. Sanierungsbedarf dieser Räume ist in die Studie mit einzubeziehen.

Begründung:

In der einfachen Anfrage forum vom 19.10.2010 hat der Gemeinderat das Pflichtenheft der zu erwartenden Studie Schulraumplanung Muri-Gümligen mit 4 Schwerpunkten vorgestellt. Nebst einer demographisch bedingten Ist- und Soll- Analyse befasst sich die Studie insbesondere mit dem Betrieb der Tagesschule als auch mit der Aufhebung der Kindergärten und deren Integration in die Schulhäuser. Es wird ausdrücklich erwähnt, dass die Turnhallen sämtlicher Schulen sowie die Investitionsplanung der Schulhäuser nicht in die Studie fallen.

Das forum ist erstaunt, dass die lancierte Studie ihren Schwerpunkt nicht auf die, ihrer Ansicht nach, wirklichen Brennpunkte setzt. Eine umfassende und zukunfts-trächtige Schulraumplanung erfordert nebst der Schulentwicklung (Tagesschule, Schülerzahlen, Basisstufe) den Einbezug aller genutzten Räumlichkeiten sowie die Erfassung/Erhalt der Bausubstanz der Gebäude und deren allfälligen Sanierungsbedarf.

1. Einbezug der Turnhallen:

Sport ist ein unverzichtbarer und obligatorischer Teil der schulischen Ausbildung. Turnhallen wurden auf dem Schulareal gebaut und unterliegen damit auch dem Eigentum der Gemeinde bzw. der Schule. Aufgrund der hohen Nutzung und des Sicherheitsbedarfs sind Turnhallen im Bereich Werterhaltung kostenintensiv. Im Fall der Studie ist eine Einzelfallbetrachtung jeder Schul-Turnhalle unter Berücksichtigung des zukünftigen Bedarfs als auch der bevorstehenden Investitions- und Werterhaltungskosten vorzunehmen.

2. Investitions- und Werterhaltungskosten der Schulen:

Der Stand der Werterhaltung / Abschreibung ist für jede Schule auszuweisen und voraussehbare, zukünftige Investitionen mit einzubeziehen. Allenfalls sind Kennzahlen im Bereich der Schulraumplanung zu erfassen, die ein Bild abgeben, inwiefern es sich bei der Schule um ein langfristig kostengünstiges und gut konzipiertes Schulhaus handelt.

Als sichtliches Negativbeispiel zeigt sich die Schulanlage Moos mit hohen Werterhaltungskosten, schlechtem Konzept (Brandschutz) und bevorstehenden hohen Investitionen (Heizung, Energie, Turnhalle,...). Unter diesem Aspekt ist ein vollständiger Neubau des Schulhauses Moos als Variante in Betracht zu ziehen.

3. Variante Weiterbetrieb der Kindergärten nach Status Quo:

Mit der Annahme der kantonalen Abstimmung HarmoS wurde der Ausbildungsstufe Kindergarten ein höheres Gewicht beigemessen. Der 2-jährige Kindergarten ist nun für jedes Kind in der Gemeinde obligatorisch. Dadurch ist die Gemeinde verpflichtet, genügend und stufengerechten „Kindergartenraum“ zur Verfügung zu stellen. Durch die ausreichende Kapazität und die kindergerechten Räume gilt der Anspruch heute als erfüllt.

Während der Abstimmung wurde seitens der Befürworter ausdrücklich betont, dass mit HarmoS nicht automatisch die Einführung einer Basisstufe erfolgt. Unter diesem Aspekt ist der Schwerpunkt der in Auftrag gegebenen Studie Schulraumplanung mit der Zentralisierung und der Einbindung der Kindergärten in die Schule einseitig und stimmt mit der politischen Stossrichtung nicht zwingend überein.

Es ist richtig, dass die Studie vorausschauend die möglichen, politischen Strömungen (Basisstufe) mit einbezieht. Aber es ist ebenso bedeutend, die Beibehaltung des Status Quo zu berücksichtigen.

Das Aufheben der aufgeführten Kindergärten ist gemäss Umfragen in der Bevölkerung und unter Betroffenen nicht erwünscht. Eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem „emotionalen“ Thema bedingt eine Gegenüberstellung beider Varianten.

- 18. Januar 2011 -

Gümligen, 17.01.2011

Stefan Gautschi

J. Stettler, U. Siegenthaler, M. Graham, M. Häusermann, B. Wegmüller, F. Schwander, B. Schneider, U. Wenger, M. Bärtschi, U. Grütter, R. Friedli, M. Kämpf, M. Manz, Y. Brügger, F. Ruta, J. Ziberi, S. Fankhauser (18)

Einfache Anfrage Wegmüller (SP) betreffend Termin für die Budgetberatung 2012 im Grossen Gemeinderat

Gemäss dem Finanzplan ist für das Jahr 2012 eine Steuererhöhung für die Gemeinde Muri unabdingbar.

Nach Art. 23 der Gemeindeordnung muss der jährliche Voranschlag mit der Festsetzung der Ansätze für die ordentlichen Gemeindesteuern, sofern letztere gegenüber dem Vorjahr verändert werden soll, der Gemeindeabstimmung unterbreitet werden.

Für die Ausarbeitung und die Zustellung der Abstimmungsbotschaft muss genügend Zeit eingerechnet werden, damit die Gemeindeabstimmung am 27. November 2011 stattfinden kann.

Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Frage zu beantworten:

Beabsichtigt der Gemeinderat, die Unterlagen für die Beratung des Voranschlags 2012 dem Grossen Gemeinderat für die Sitzung vom 20. September 2011 zu unterbreiten?

Gümligen, 18. Januar 2011

Beat Wegmüller

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats zu diesem Vorstoss erfolge mündlich.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Gemeinderat beantworte die Frage mit einem Nein. Er beabsichtige nicht, das Budget 2012 an der September-Sitzung vorzulegen, und zwar aus zwei Gründen:

1. Wenn das Budget wie immer an der Oktober-Sitzung verabschiedet werde, sei der Zeitplan zwar eng. Es sei aber machbar, die Abstimmungsunterlagen spätestens drei Wochen vor der Abstimmung den Stimmberechtigten zustellen zu lassen. Dazu sei – neben der Verwaltung – von Seiten des Büros GGR eine gewisse Flexibilität nötig. Das Büro habe diese Flexibilität aber in den letzten Jahren immer an den Tag gelegt und werde dies zweifellos auch in diesem Fall tun. Der Zeitplan sei also eng, aber machbar.
2. Damit ein vernünftiges Budget erstellt werden könne, sei die Gemeinde auf der Ertragsseite – also bei den Steuern – darauf angewiesen, dass wenn immer möglich die Berechnungen der zweiten Steuerrate vorliegend seien. Damit würden die Qualität und die Treffsicherheit der Budgetprognosen massiv ansteigen. Würde der Voranschlag dem Parlament bereits für die September-Sitzung vorgelegt, würde dies bedeuten, dass beispielsweise die Finanzkommission das Geschäft noch vor den Sommerferien beraten müsste. Zu diesem Zeitpunkt würden aber schlicht noch untaugliche Angaben bezüglich Ertragssituation vorliegen.

Deshalb werde das Geschäft dem Grossen Gemeinderat wie üblich an der Oktober-Sitzung unterbreitet. Mit dem flexiblen GGR-Büro sei dies machbar.

- 18. Januar 2011 -

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende orientiert über Folgendes:

- Die Parlamentssitzung vom 15. Februar 2011 entfalle. Somit treffe sich der Rat am 22. März 2011 wieder.
- Für eine allfällige 2. Lesung der Ortsplanungsrevision 2012 – sogenannter 3. Schritt – sei der Termin vom Dienstag, 13. Dezember 2011, für eine zusätzliche Parlamentssitzung zu reservieren.
- Am Donnerstag, 23. Juni 2011, mit Beginn um 16.30 Uhr, werde der GGR-Ausflug in der Stadt Bern stattfinden. Details dazu würden folgen; einziges Detail einstweilen: Wie eingangs erwähnt, werde ein Kabarettist dazu eingeladen.

Er lade nun die Anwesenden herzlich zum draussen bereitstehenden Apéro ein.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hannes Treier Anni Koch

Der Präsident: Der Vizepräsident:

Beat Wegmüller Beat Marti